Art. II. Der Bundesrath ist beauftragt im Namen der schweizerischen Eidgenossenschaft denselben zu ratifiziren und ihn in Vollziehung zu setzen, sobald die Ratifikationen ausgewechselt sein werden.

Gegeben in Bern, den 3. Dezember 1850.

(Folgen die Unterschriften.)

V e r t r a g .

Die schweizerische Eidgenossenschaft

und

die Vereinigten Staaten von Nordamerika,

gleich sehr von dem Wunsche beseelt, sowohl die Bande der Freundschaft, welche glücklicher Weise zwischen den beiden Republiken bestehen, zu erhalten und immer enger zu knüpfen, als auch durch alle ihnen zu Gebote stehende Mittel die Handelsbeziehungen ihrer respektiven Bürger zu vermehren, haben sich gegenseitig entschlossen, einen allgemeinen Vertrag der Freundschaft, der gegenseitigen Niederlassung, des Handels und der Auslieferung der Verbrecher abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben sie zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Der schweizerische Bundesrath:

Heinrich Druey, Bundespräsident und Direktor
des politischen Departements u.

Friedrich Frei-Herossee, Mitglied des Bundesrathes und Direktor des Handels- und Zolldepartements;

der Präsident der Vereinigten Staaten:

A. Dudley Mann, Spezialagent der Vereinigten Staaten in einer Sendung an die schweizerische Eidgenossenschaft;

welche, nach Auswechslung ihrer gegenseitigen Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. I.

Die Bürger der Vereinigten Staaten Amerika's und die Bürger der Schweiz werden in ihren respektiven Ländern auf dem Fuße gegenseitiger Gleichheit sein; sie werden in denselben die gleichen Rechte genießen und den gleichen Verpflichtungen unterworfen sein, innerhalb der Grenzen und unter den Vorbehalten, wie folgt:

In den Vereinigten Staaten Amerika's werden die Schweizerbürger in jedem Staate auf dem nämlichen Fuße und unter den nämlichen Bedingungen aufgenommen und behandelt werden, wie die Bürger der Vereinigten Staaten, die in einem andern Staate der Union eingeboren, oder Angehörige desselben sind.

Gleicherweise werden in der Schweiz die Bürger der Vereinigten Staaten in jedem Kanton auf dem nämlichen Fuße und unter den nämlichen Bedingungen aufgenommen und behandelt werden, wie Schweizerbürger, die in einem andern Kanton der Eidgenossenschaft ursprünglich heimatberechtigt oder Angehörige desselben sind.

In Folge dessen und vorausgesetzt, daß sie sich gegenseitig den Gesetzen, Verordnungen und Gebräuchen des Landes, wo sie wohnen werden, unterziehen, können die Bürger der Vereinigten Staaten und die Schweizerbürger,

sowie die Glieder ihrer Familien, jene in den Kantonen der Eidgenossenschaft, diese in den Staaten der amerikanischen Union gehen, kommen, sich vorübergehend aufhalten, einen festen Wohnsitz nehmen oder sich bleibend niederlassen; daselbst bewegliches und unbewegliches Eigenthum erwerben, besitzen und veräußern; ihre Geschäfte führen, ihren Beruf, ihre Industrie und ihren Handel ausüben; Etablissements haben, Waarenmagazine halten, ihre Erzeugnisse und Handelswaaren zusenden, dieselben im Großen oder Einzelnen sowohl selbst, als durch beliebige Unterhändler oder andere Agenten verkaufen; sie haben freien Zutritt zu den Gerichtshöfen und können vor Gericht, in gleicher Weise wie ein Eingeborner, ihre Rechte, sei es in eigener Person, sei es durch von ihnen nach Gutdünken gewählte Advokaten, Sachwalter oder Agenten verfolgen. Man kann ihnen für ihren Wohnsitz oder ihre Niederlassung, oder für die Ausübung ihrer obbenannten Rechte, weder eine Geld-, noch irgend eine andere Gebühr auferlegen die beschwerlicher ist, als für die Bürger des Landes, in welchem sie wohnen, noch irgend eine Bedingung, welcher diese nicht auch unterworfen wären.

Es sind jedoch unter den oben erwähnten Vortheilen nicht begriffen die Ausübung der politischen Rechte und die Theilnahme an den Gemeinde-, Korporations- und Stiftungsgütern, in welche die Bürger des einen Landes, niedergelassen in dem andern, nicht als Mitglieder oder Miteigenthümer aufgenommen worden sind.

In Betracht des Inhalts der schweizerischen Bundesverfassung sind die Christen allein in den Kantonen der Schweiz zu den durch diesen Artikel garantirten Vortheilen berechtigt; was jedoch diese Kantone nicht ver-

hindert, den gleichen Vortheil auf Bürger der Vereinigten Staaten eines andern religiösen Glaubens auszudehnen.

Art. II.

Die Bürger eines der beiden Staaten, welche in einem andern wohnen oder niedergelassen sind, sollen von dem persönlichen Militärdienste befreit, aber zur Kompensation, zu Geld- oder materiellen Leistungen verpflichtet sein, wie die von diesem Dienste befreiten Bürger des Landes wo sie wohnen.

Man kann von den Bürgern des einen Landes, welche in dem andern wohnen oder niedergelassen sind, keine Abgabe, sei es unter was immer für einem Namen, erheben, die höher wäre als diejenige, welcher die Bürger des Landes, wo sie wohnen, unterworfen sind, noch irgend eine Steuer, welche nicht auch von den letztern bezogen wird.

Im Falle eines Krieges oder einer Enteignung zum öffentlichen Nutzen sollen die Bürger des einen Landes, die in dem andern wohnen oder niedergelassen sind, den Bürgern des Landes wo sie wohnen bezüglich des Schadenersatzes für die erlittenen Beschädigungen gleich gehalten werden.

Art. III.

Die Bürger eines der beiden Freistaaten, die in dem andern wohnen oder niedergelassen sind, wenn sie in ihre Heimath zurückkehren wollen, oder wenn sie durch ein gerichtliches Urtheil, oder durch Polizeimaßregeln, oder in Folge der Gesetze und Verordnungen über Sittenpolizei und Armenwesen zurückgewiesen werden, sollen zu jeder Zeit und unter allen Umständen, sie, ihre Weiber und ihre gesetzlichen Abkömmlinge in dem Lande welchem sie ur-

sprünglich angehören und wo sie ihre Rechte den Gesetzen gemäß behalten haben aufgenommen werden.

Art. IV.

Um ihre Eigenschaft als Bürger der Vereinigten Staaten Amerika's, oder als Schweizerbürger darzuthun, müssen die Angehörigen der beiden kontrahirenden Theile Inhaber von Pässen oder andern Papieren in gehöriger Form sein, welche ihre eigene, so wie die Landesangehörigkeit ihrer Familienglieder bezeugen, und die von einem diplomatischen oder Konsulatsagenten ihrer Nation, der in demjenigen Lande residirt, wo sie wohnen wollen, ausgestellt oder visirt sind.

Art. V.

Die Bürger eines jeden der kontrahirenden Theile können frei über ihr bewegliches und unbewegliches Eigenthum, das in der Gerichtsbarkeit des andern liegt, durch Verkauf, Testament, Vergabung, oder auf jede andere Art verfügen, und ihre Erben oder Nachfolger, Bürger des andern Theils, können dieses Eigenthum erwerben und Besitz davon ergreifen entweder selbst oder durch Bevollmächtigte; sie können darüber verfügen, wie sie wollen, ohne eine andere Gebühr dafür zu bezahlen, als diejenige, welcher im gleichen Falle die Bewohner des Landes selbst, in welchem dieses Eigenthum liegt, unterworfen sind. In der Abwesenheit der Erben oder anderer Nachfolger soll von den Behörden die gleiche Sorge für die Erhaltung des betreffenden Eigenthums getragen werden, wie für dasjenige eines Eingebornen in dem gleichen Lande und dieses auf so lange bis der gesetzliche Eigenthümer Zeit hat, sich in den Besitz desselben zu setzen.

Art. VI.

Die Streitigkeiten, welche unter den Ansprechern einer

Erbschaft über die Frage entstehen können, welchem die Güter zufallen sollen, werden durch die Gerichte und nach den Gesetzen des Landes beurtheilt, in welchem das Eigenthum (bewegliches und unbewegliches) liegt.

Art. VII.

Die kontrahirenden Theile räumen sich gegenseitig das Recht ein, in den großen Städten und wichtigen Handelsplätzen ihrer respektiven Staaten von ihnen ernannte Konsuln und Vizekonsuln zu haben, welche sich in der Ausübung ihrer Pflichten der gleichen Vorrechte und Befugnisse erfreuen sollen, wie diejenigen der am meisten begünstigten Nationen. Aber bevor ein Konsul oder Vizekonsul in dieser Eigenschaft handeln kann, muß er von der Regierung, bei welcher er beglaubiget ist, in der üblichen Form anerkannt worden sein.

Für ihre Privat- und Handelsangelegenheiten sollen die Konsuln und Vizekonsuln den gleichen Gesetzen und Gebräuchen unterworfen sein, wie Privatpersonen, die Bürger des Ortes sind, wo sie residiren. Es ist dabei verstanden, daß im Falle von Gesetzesverletzungen durch einen Konsul, oder Vizekonsul, die Regierung, bei welcher er beglaubiget ist, demselben je nach Umständen das Exequatur entziehen, ihn aus dem Lande verweisen, oder nach den Gesetzen bestrafen lassen kann, jedoch soll sie der andern Regierung die Gründe ihres Verfahrens anzeigen.

Die Archive und Papiere, welche dem Konsulat angehören, sollen als unverletzbar geachtet werden und weder eine Magistratsperson, noch irgend ein anderer Beamtete kann sie unter keinerlei Vorwand durchsuchen, mit Beschlag belegen, oder sich auf irgend eine Art bei denselben einmischen.

Art. VIII.

Bezüglich der Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr ihrer

respektiven Erzeugnisse werden sich die Vereinigten Staaten von Amerika und die schweizerische Eidgenossenschaft gegenseitig behandeln, wie die Nationen, Nationenvereine, Staaten und Gesellschaften, die am meisten begünstiget sind, wie es in den folgenden Artikeln erläutert ist.

Art. IX.

Keiner der kontrahirenden Theile kann für die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr der natürlichen oder industriellen Erzeugnisse des andern höhere Zölle, noch andere Gebühren erheben, als solche, welche auf die gleichen Artikel, die aus irgend einem Lande außerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen kommen, gelegt sind, oder gelegt werden.

Art. X.

Um den im Art. VIII vorgesezten Zweck besser zu erreichen, verpflichtet sich jeder der kontrahirenden Theile, keiner Nation, keinem Nationenvereine, keinem Staate und keiner Gesellschaft bezüglich des Handels eine Vergünstigung zu gestatten, ohne daß der andere Theil nicht auch unmittelbar in den Genuß derselben gesetzt würde.

Art. XI.

Im Falle von einem der kontrahirenden Theile auf die Produkte irgend einer Nation Differenzial-Zölle gelegt werden, kann der andere, wie er es für zweckmäßig hält, die Art feststellen, den Ursprung der Produkte, welche zur Einfuhr in das Land mit Differenzial-Zöllen bestimmt sind, zu bescheinigen.

Art. XII.

Das schweizerische Gebiet soll dem Eingange der Gegenstände, die aus den Vereinigten Staaten Amerikas kommen, offen bleiben; in gleicher Weise soll kein Hafen

dieser Staaten den Gegenständen, welche aus der Schweiz anlangen, verschlossen sein, sobald sie auf Schiffen der Vereinigten Staaten oder auf Fahrzeugen eines andern Landes, welche freien Zutritt zu den Häfen der Union haben, ankommen. Die schweizerischen Waaren, welche unter der Flagge der Vereinigten Staaten oder unter derjenigen einer der am meisten begünstigten Nationen anlangen, sollen die gleichen Zölle bezahlen, wie die Waaren einer solchen Nation; unter jeder andern Flagge sollen sie behandelt werden, wie die Waaren des Landes, dem das Schiff angehört.

Im Falle eines Schiffbruchs und der Strandung der Güter an den Küsten der Vereinigten Staaten, sollen die schweizerischen Waaren wie diejenigen angesehen und behandelt werden, welche Bürgern der Vereinigten Staaten angehören.

Die Vereinigten Staaten pflichten bei, auf die schweizerischen Produkte, welche unter der Unionsflagge ankommen oder verschifft werden, die gleichen Vortheile auszu dehnen, welche die Produkte der am meisten begünstigten Nation, die unter der gleichen Flagge ankommen oder verschifft werden, genießen oder genießen werden.

Es versteht sich hierbei, daß keine Bestimmung des gegenwärtigen Artikels in irgend einer Weise von denjenigen der vier vorangehenden, noch von einer Maßregel, welche von dem einen der kontrahirenden Länder im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit, Sicherheit und Ordnung getroffen worden ist, abweichen darf.

Art. XIII.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und die schweizerische Eidgenossenschaft sind gehalten, auf die in ihrem

Namen durch Vermittlung ihrer respectiven diplomatischen oder Consulatsagenten gemachten Requisitionen gegenseitig diejenigen Individuen zur Stellung an die Gerichte auszuliefern, welche der in dem folgenden Artikel aufgezählten Verbrechen angeschuldigt sind, die sie in der Gerichtsbarkeit des requirirenden Theiles begangen und ihre Zuflucht im Gebiete des andern Theiles gesucht haben, oder daselbst getroffen worden sind; jedoch soll die Auslieferung nur in dem Falle verbindlich sein, wo die Thatfachen, deren der Angeschuldigte bezichtigt wird, auf eine solche Weise dargethan sind, daß seine Verhaftung und seine Stellung vor Gericht gerechtfertiget wären, wenn das Verbrechen in dem Lande verübt worden, in welchem das Individuum betreten wird.

Art. XIV.

Kraft der Bestimmungen dieser Uebereinkunft sollen diejenigen Individuen ausgeliefert werden, welchen eines der folgenden Verbrechen zur Last gelegt wird, nämlich:

Mord (inbegriffen die qualifizirten Verbrechen: Muechel-
mord, Watermord, Kindesmord und Gistmord);

Mordversuch;

Nothzucht;

Fälschung, inbegriffen die Verbreitung falscher Papiere;

Brandstiftung;

Diebstahl, begangen mit Gewalt oder durch Einschüch-
terung, oder mit Einbruch oder Einsteigen in ein
bewohntes Haus;

Seeräuberei;

Unterschlagung durch öffentliche Beamte oder bezahlte
Personen, zum Schaden derjenigen, welche sie an-
gestellt haben, in dem Falle, wenn dieses Ver-
brechen mit einer entehrenden Strafe belegt wird.

Art. XV.

Die Auslieferung kann auf Seiten der Regierung der Vereinigten Staaten nur durch einen Befehl der Vollziehungsgewalt und auf Seiten der Eidgenossenschaft nur durch einen Befehl des schweizerischen Bundesrathes bewirkt werden.

Art. XVI.

Die Kosten der Verhaftung und Auslieferung, welche in Folge der vorhergehenden Artikel bewerkstelliget werden, sollen dem requirirenden Theile zur Last fallen.

Art. XVII.

Die Bestimmungen der vorhergehenden Artikel über Auslieferung der Verbrecher sollen weder auf Verbrechen, welche vor dieser Uebereinkunft verübt worden sind, noch auf Vergehen, welche einen politischen Charakter haben, anwendbar sein.

Art. XVIII.

Die gegenwärtige Uebereinkunft ist für den Zeitraum von zehn Jahren, von dem Tage der Auswechslung der Ratifikationen an gerechnet, abgeschlossen; und wenn ein Jahr vor Verfluß dieses Zeitraumes keiner der kontrahirenden Theile durch eine amtliche Mittheilung dem andern erklärt hat, die Wirksamkeit dieser Uebereinkunft einzustellen, so soll ihre Verbindlichkeit zwölf Monate länger fort dauern, und so weiter von Jahr zu Jahr, bis zum Erlöschen derjenigen zwölf Monate, welche einer solchen Verzichterklärung nachfolgen, welches auch immerhin der Zeitpunkt gewesen sein mag, in welchem die amtliche Mittheilung statt gefunden hat.

Art. XIX.

Diese Uebereinkunft soll beidseitig der Genehmigung

und Ratifikation der respektiven kompetenten Behörden beider kontrahirenden Theile unterworfen werden; und die Ratifikationen sollen in der Stadt Bern innerhalb zwölf Monaten von dem gegenwärtigen Datum an, oder früher wenn es möglich ist, ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten, unter Vorbehalt der angeführten Ratifikationen, die vorstehenden Artikel in französischer und englischer Sprache unterzeichnet und ihre Siegel beigedruckt.

So geschehen in vierfacher Ausfertigung zu Bern den fünfundzwanzigsten Tag Wintermonats im Jahre des Heils Eintausend achthundert und fünfzig.

(L. S.)

sig. **S. Drüen.**

(L. S.)

sig. **F. Frei-Herossee.**

(L. S.)

sig. **A. Dudley Mann.**

Vertrag.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1850
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	57
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	11.12.1850
Date	
Data	
Seite	757-767
Page	
Pagina	
Ref. No	10 000 499

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.